

Eine etwas andere Wahlanalyse mit langfristiger Betrachtung

Stefan Urvat, Bundestagskandidat des LV
Baden-Württemberg der Piratenpartei Deutschland

29. 12. 2013

Zusammenfassung

Vorab: dies wird vielen Lesern sicher zu lang sein, für einen Blog wäre es das mit Sicherheit. Selbstverständlich darf dieser Artikel in CC-non-commercial-Manier nach Belieben nicht-kommerziell weiterverbreitet werden.

Als Mitglied der zweiten Stunde (Eintritt eine Woche nach Parteigründung, d.h. noch im September 2006) habe ich die Entwicklung der Partei nahezu vollständig verfolgt und man möge mir verzeihen, dass ich auf der Gründungsversammlung in Berlin in der C-Base, beim zweiten Bundesparteitag in Bielefeld 2008 und demnächst auch beim zweiten Europalistenauflistungstermin Anfang 2014 in Bochum nicht dabei bin; ansonsten habe ich alle Bundesparteitage sowie Landesparteitage BW besucht.

Vieles hat sich inzwischen verändert, aber ich hoffe, dass diese Entwicklung über längere Zeit aus meiner Sicht für einige Leser interessant ist und im besten Fall auch ein paar nützliche Erkenntnisse abwirft.

Kommentare, Korrekturen und Ergänzungen bitte richten an stefan.urbat@piraten-stuttgart.de oder stefan.urbat@piratenpartei-bw.de

Inhaltsverzeichnis

1	Aus einer Idee wird eine Partei: im Jahre 2006 n.u.Z.	2
2	Warum eine Partei?	2
3	Aufbau von Netzwerken und Gliederungen im Jahr 2007	3
4	Piratenpartei goes public: das Jahr 2008	4
5	Die Piratenpartei gewinnt weitreichende Bekanntheit im Jahr 2009	5
6	Die 17. Bundestagswahl 2009	7
7	Der Beginn der programmatischen Ausweitung	8
8	Enttäuschende Landtagswahl in NRW 2010	8
9	Die bundesdeutsche Demokratie zwischen 5%-Sperrklausel, Medienaufmerksamkeitsökonomie und Wahlprognosen	9
10	Superwahljahr 2011: viele Nackenschläge bis zum Triumph in Berlin	11
11	Neuwahlen 2012: die Erfolgsstory hält an	13
12	Herbst 2012 bis 2013: der mediale und Umfrage-Niedergang	14
13	Die Landtagswahl in Niedersachsen Anfang 2013	15
14	Die 18. Bundestagswahl 2013	16
	14.1 Bundesweit	16
	14.2 Baden-Württemberg	20
	14.3 Landeshauptstadt Stuttgart	21
15	Ausblick: der Kreis der Landtagswahlen schließt sich 2014	22
16	Quo Vadis PIRATEN: in Deutschland, Europa und weltweit	23
17	Persönliches Schlusswort	24

1 Aus einer Idee wird eine Partei: im Jahre 2006 n.u.Z.

In Schweden gründet ein gewisser Rick Falkvinge im Januar 2006 eine Partei und nennt sie Piratpartiet — die Wikinger lassen grüssen? Die Gründungsthemen sind kurz gesagt ein modernes, Filesharer nicht kriminalisierendes Urheberrecht, der Ausschluss von Software-Patenten, und Bürgerrechte allgemein, darunter auch mehr Mitbestimmung.

Ich lese auf heise.de davon und finde diese Punkte alle gut — im September 2006 gründen dann 50 Interessierte in der C-Base in Berlin mit denselben Anliegen eine deutsche Piratenpartei nach schwedischem Vorbild. Die Ziele sind letztlich dieselben. Als ich das tags darauf wieder auf heise.de lese, beschließe ich wenige Tage später, mal Mitglied zu werden — das kann ja nicht schaden. Früher wäre ich gar nicht auf die Idee gekommen, Mitglied einer Partei zu werden. . .

Etwa zu dieser Zeit findet in Schweden eine Reichstagswahl statt, die Piratpartiet erreicht mit 0,6% weniger Stimmen, als manche ihr zugetraut haben — im Internet-affinen Schweden waren die anderen Parteien auf ihre Themen rund um die Beschlagnehmung der Server von Pirate Bay wegen Filesharing-Unterstützung auf Druck der USA eingegangen.

In eher konservativen Deutschland denke ich ziemlich pessimistisch, dass mit einem solchen Parteinamen und Grundsatzprogramm wohl kaum eine Chance besteht, in Parlamente zu kommen.

2 Warum eine Partei?

Nun treten Parteien regelmäßig zu Wahlen an, das ist ja neben der Teilnahme an der Willensbildung ihr Hauptzweck, um Vertreter für die Wähler in die Parlamente zu entsenden. Natürlich gibt es damals schon einen Verein FoeBud (heute digitalcourage), einen Chaos Computer Club, einen FFII, der sich v.a. gegen Softwarepatente wendet, ein Transparency International zur Korruptionsprvention usw. . Später oder auch zur selben Zeit gesellen sich Gruppen wie Lobbycontrol oder der Verband Digitale Gesellschaft hinzu. Es gab und gibt also nominell genug Lobbygruppen, die Interessen vertreten, für die auch die Piratenpartei steht, darunter auch der ältere Verein Mehr Demokratie e.V., der v.a. mehr Bürgerbeteiligung in Form von Abstimmungen möchte.

Aber (mit vielleicht einer Ausnahme 2009) bewirkten diese NGOs denn viel? Ich meine, dass die Bilanz dieser NGO-Aktivität ernüchternd ist; außerdem ist es ja der Auftrag einer Partei, an der öffentlichen Willensbildung mitzuwirken.

Nur Mehr Demokratie e.V. hatte in der Vergangenheit mehrfach die Gunst der Stunde genutzt, um mehr Bürgerbeteiligung durchzubekommen, so in Bayern für Bürgerbegehren und -entscheide und nach dem Beitritt der neuen Länder zum alten Bundesgebiet in diesen.

Insofern war die Gründung einer Partei in diesem unserem Themenumfeld nur konsequent; inzwischen hat sich m.E. gezeigt, dass dies völlig richtig war...

Dabei darf man die damit verbundenen Schwierigkeiten nicht unterschätzen: von den gut 400 Parteigründungen in der Bundesrepublik Deutschland seit 1949 haben nur die wenigsten jemals auch nur eine zeitlang echte Relevanz gehabt, da kann man getrost von weniger als einem Dutzend sprechen.

3 Aufbau von Netzwerken und Gliederungen im Jahr 2007

Zwar gründete sich direkt zum Jahresende 2006 noch in Berlin ein erster Landesverband der Partei, aber die erste Landesverbandsgründungswelle startet erst 2007 richtig: mit Bayern und Hessen gehen die nächsten LVs an den Start, Baden-Württemberg als dritteinwohnerreichstes Bundesland folgt u.a. auf meine Initiative dennoch erst im November 2007 als siebter Landesverband.

Bis dahin ist das Parteigeschehen überwiegend noch sehr formlos, es spielt sich hauptsächlich auf relativ wenigen und kleinen politischen Stammtischen ab. Auf diesen wird zumindest in Stuttgart schon etwas diskutiert, was erst Jahre später Eingang ins Programm findet: ein bedingungsloses Grundeinkommen.

Die regelmäßig Aktiven lernen sich auf solchen Treffen und den wenigen Parteitagern sowie Gründungsversammlungen kennen, es ist noch ein überschaubarer Kreis von Mitgliedern.

Z.B. findet der erste Bundesparteitag nach der Gründung in Neukenroth in Oberfranken statt, wo ganze 56 stimmberechtigte Piraten, darunter 7 aus BW, dabei sind. Kaum jemand kennt diesen eher abgelegenen Ort auf dem Land, an Presse während des Parteitags ist gar nicht zu denken. U.a. werden Basics abgehandelt wie die Anpassung der Satzung an das Parteiengesetz auf Anmerkungen des Bundeswahlleiters.

Obwohl online diskutiert, wird z.B. eine Teilnahme an der Bürgerschaftswahl im kleinsten Bundesland Bremen als völlig aussichtslos und undurchführbar verworfen, einen Landesverband z.B. konnten die örtlichen Piraten damals beim besten Willen noch nicht gründen — es gab im Land Bremen noch nicht einmal sieben Piraten, die Vorstand und Schiedsgericht hätten stellen können. Dagegen formiert sich noch im Oktober der Landesverband in der Freien und Hansestadt Hamburg — ein Stadtstaat und eine unserer wichtigsten Städte gerade auch für uns Piraten in Deutschland.

4 Piratenpartei goes public: das Jahr 2008

Während sich in etwas vermindertem Tempo weitere Landesverbände gründen, kommt es erstmals zu Aktivitäten im öffentlichen Raum und in den Medien: die relativ früh gegründeten Landesverbände Hessen und Hamburg schaffen es, genügend Zulassungsunterschriften zu sammeln, um bei den landesweiten Wahlen antreten zu dürfen. Dagegen scheitert die Sammlung an deutlich höheren Hürden in Niedersachsen und Bayern; immerhin schafft es ein Landesvorsitzender in Bayern mit einem Interview in die Süddeutsche Zeitung, erste Piraten außerhalb der Länder mit Wahlen wie auch wir in Stuttgart versuchten uns an ersten Infoständen und natürlich, da kamen die Landtagswahl in Hessen und kurz darauf die Bürgerschaftswahl in Hamburg.

Nun war unsere Bekanntheit außerhalb geneigter Kreise wie heise-Lesern, Hardcore-ITlern und ein paar digital natives noch minimal. Außerdem mussten wir als Haufen fast vollständig unerfahrener Polit-Anfänger viel Lehrgeld zahlen, so z.B. die Pflicht zu einer Haftpflichtversicherung, um Wahlplakate aufhängen zu dürfen, oder die Vorschrift, für Wahlwerbespots exakt vom jeweiligen Sender vorgeschriebene Bandformate benutzen zu müssen. Dennoch gelingt es sowohl in Hessen wie Hamburg einige wenige Wahlplakate aufzustellen bzw. zu hängen (auch da gibt es verschiedene Vorschriften, was erlaubt ist) und in Hamburg sogar einen der zwei Wahlwerbepot-Slots trotz Irritation (s.o.) mit einem echten Amateurvideo in Schwarzweiß zur Vorratsdatenspeicherung zu belegen.

Die Wahlen finden noch im Winter 2007/2008 statt, die Chance, Menschen auf der Straße anzusprechen, ist daher eingeschränkt. Immerhin gelingt den hessischen Piraten mit nur 70 Mitgliedern landesweit, auch mit Unterstützung der Piraten v.a. aus dem Nachbarland Rheinland-Pfalz, ein kleiner Achtungserfolg von 0,3% — unter diesen Voraussetzungen finde ich das ganz okay. Als einen Monat später die Hamburger Piraten 0,2% haben, finde ich das zwar schade, aber zum einen war der Unterschied viel geriner, als es diese starke Rundung suggeriert (0,254 vs. 0,23 % ungefähr) und zum

Anderen hatten die Hamburger noch viel weniger Zeit zur Vorbereitung, sie stellten schon bzw. erst die Liste und einen ersten Direktkandidaten bei der LV-Gründung 2007 auf.

Natürlich sind die Wahlplakate nicht mit den heutigen zu vergleichen, aber immerhin zeigten wir unsere Teilnahme schon mal mit diesen an.

5 Die Piratenpartei gewinnt weitreichende Bekanntheit im Jahr 2009

Zunächst gibt es eine Neuwahl in Hessen, und die dortigen Piraten treten schon zum zweiten Mal mit viel Stress (stark verkürzte Frist für die Unterschriftensammlungspflicht ohne Nachlass bei der Anzahl) zur dortigen Landtagswahl Anfang 2009 an, wieder im Winter. Auch etwas begünstigt durch die Verringerung der Anzahl wählbarer Parteien aufgrund der härteren Sammelbedingungen erringen sie doppelt so viele Stimmen wie ein Jahr zuvor und haben am Ende 0,5% offiziell an Landesstimmen, bei doppelt so vielen Mitgliedern (140) wie beim ersten Versuch. Das habe ich etwas bedauert, aber die Umstände waren eben schwierig, so reichte es nicht zu dem magischen Prozent der Parteienfinanzierung — was durchaus gerade für den Landesverband Hessen extrem ärgerlich und hinderlich war, bis 2013 (s.u.).

Zwei Schlüsselereignisse prägten anschließend dieses Jahr, die sich überlappten:

Die Diskussion um das Zensur-Gesetz von „Zensursula“, Ministerin Ursula von der Leyen (Tochter des früheren niedersächsischen Ministerpräsidenten Hans Albrecht) mit Stopp-Schildern für das Internet und eine Petition dagegen sowie die Europawahl 2009.

Später zeigt sich, nach der Bundestagswahl, dass diese ganze Kampagne zum Sperren von Internetseiten mit Kinderpornographie ein Wahlkampfmanöver war, mit dem konservative Wähler angesprochen werden sollten — denn obwohl die große Koalition diese Gesetz noch vor der Bundestagswahl verabschiedete, wurde es nie wirklich in der Praxis vollzogen, was gesetzestechnisch zurecht Kritiker auf den Plan rief. Erst später wurde dieses Gesetz wieder aufgehoben.

War das nun ein Erfolg der Petition an den Bundestag von einer engagierten Petentin, der der Piratenpartei oder aller zusammen? Wohl eher Letzteres, aber damit hatten wir ein konkretes Thema abseits der Vorratsdatenspeicherung gefunden, mit dem es sich sowohl intern wie extern gut mobilisieren ließ.

Wir bekamen in diesem Zusammenhang auch erstmals eine spürbare Medienaufmerksamkeit.

Bei der Europawahl 2009, die in der Frühphase der genannten Debatte stattfand, traten nur die schwedische und die deutsche Piratenpartei an; gleichartige Versuche in Finnland, Österreich und Spanien scheiterten an Zulassungshürden. In Schweden war gerade — wie man heute weiß, im Zusammenhang mit der Totalüberwachung aller Menschen weltweit durch die five eyes, unter Führung von NSA und GCHQ — ein schlimmes Überwachungsgesetz erlassen worden, und die Piratpartiet konnte diese Vorlage voll nutzen, sie erzielte 7,1% der gültigen Stimmen in Schweden und zog zunächst mit einem, nach Inkraftsetzung der Lissabon-Regeln und der daraus folgenden Sitzzahlanpassung sogar noch mit einer weiteren Abgeordneten in das Europaparlament ein. Dagegen verhinderte zwar die später als verfassungswidrig eingestufte Sperrklausel in Deutschland, dass die damals noch erstaunlich guten 0,9% der Stimmen in Deutschland unseren Europa-Bundeslisten-Spitzenkandidaten ins Europaparlament brachten, aber die Wirkung der Platzierung auf dem drittletzten Platz (unter 31 Parteien) des Stimmzettels in ganz Deutschland war sehr groß, viele Wähler wurden auch noch dadurch auf uns aufmerksam. Dabei hatte sich die Sammlung der nötigen 4000 Unterschriften für den Wahlantritt bundesweit lange dahingeschleppt — eine typisch menschliche Schwäche, weil diese Anforderung nicht sehr hoch ist und auch so wahrgenommen wurde, war zunächst zu wenig Einsatz in die Sammlung dieser Unterschriften investiert worden.

Außerdem mussten alle Landesverbände während der Europawahlkampfphase weiter Unterschriften für die Zulassung zur Bundestagswahl (bzw. in Sachsen zur Landtagswahl dort) sammeln, an einen richtigen Wahlkampf für die Europawahl war daher nicht zu denken (es ging um gut 27000 Unterschriften aus 15 Bundesländern!). Zudem fehlte auch noch ein abgestimmtes Europawahlprogramm, was der ganzen Hektik und noch sehr schwachen Organisation zum Opfer fiel. In Baden-Württemberg sah das so aus, dass nur in Karlsruhe und Stuttgart, den beiden traditionellen Zentren unsere Bewegung im sogenannten Ländle, überhaupt für die Europawahl ein paar Wahlplakate von uns aufgehängt wurden.

Die Konsequenzen dieser Vorgänge waren ungeheuerlich: war die Zahl der Piraten in Deutschland von der Gründung mit 50 Mitgliedern über ca. 200 nach den ersten Wochen im September 2006 bis zum Frühjahr 2009 gerade einmal auf knapp 1000 gestiegen, setzte nun eine unglaubliche Dynamik ein: bis zur Bundestagswahl spülte die ganze Entwicklung fast 9000 neue Mitglieder hinein, so dass wir insgesamt beinahe 10000 wurden, bis Jahresende waren es schließlich 12000. Eine ungeheure Aufbruchsstimmung erfasste die Partei und auch Teile ihres Umfelds, viele Piraten hielten in Verkennung der

Realitäten nun alles für möglich. Z.B. wurden wir in keiner einzigen größeren Prognose der üblichen Meinungsforschungsinstitute einzeln als Partei aufgeführt, nach den üblichen Regeln geschieht das normalerweise erst ab 3%.

6 Die 17. Bundestagswahl 2009

Als wir am Abend des 22. 9. 2009 dann mit 2,0% Zweitstimmen aus der Wahl hervorgingen, und zwar als stärkste Partei unter der 5%-Sperrklausel, dachten sehr viele Piraten, dies sei ein Fehlschlag gewesen. Dabei fand ich sofort, dies war ein sehr achtbares, gemessen an den Umständen der Vorbereitung sogar sehr gutes Ergebnis. Z.B. war Sachsen noch nicht dabei (s.u.), die aber immerhin in ihrer Landtagswahl vier Wochen vorher 1,9% geholt hatten, auch wenn natürlich frustrierend war, dass die NPD im Landtag verblieb und sogar die Tierschutzpartei noch knapp vor uns gelegen hatte (2,1%), was i.W. am ländlichen Raum lag. Dagegen entpuppte sich Dresden erneut, wie bei der Europawahl, als starke Hochburg, wir gewannen dort 3,5% der Zweitstimmen. — Immerhin hatten sich fünf unserer 15 teilnehmenden Landesverbände erst nach der Europawahl gegründet und alle hatten es noch Hals über Kopf geschafft, nicht nur Landeslisten aufzustellen, sondern auch die für jedes Bundesland nötigen Unterschriften zu sammeln.

Letztlich traten wir 2009 i.W. mit dem Grundsatzprogramm an, der jahrelang diskutierte Bildungsteil hatte gerade noch Eingang in das Programm für die Bundestagswahl gefunden. Das ganze Programm passte auf 20 Seiten, eine halbwegs gepflegte Kernanhängerschaft existierte zu dieser Zeit bis auf einen sehr kleinen, harten Kern noch gar nicht.

Wahlplakate wurden erstmals vor dieser Wahl in größerer Zahl und auch bundesweit aufgehängt, dabei wurden auch schon mittelgroße Orte erreicht.

Neben den üblichen Wahlwerbespots im öffentlichen Fernsehen (ARD und ZDF) und entsprechenden Rundfunkspots wurde sogar ein weiterer Werbespot für das Privatfernsehen produziert und sehr teuer auf RTL und SAT1 ausgestrahlt. Die gegenüber sonstigen Preisen wegen der Wahlkampfphase auf ein Drittel reduzierten Preise hätten den federführenden Landesverband Sachsen-Anhalt aber ohne Bundeszuschuss dennoch Pleite gehen lassen, weil nicht genug Spenden zusammenkamen.

Eine weitere interessante Erkenntnis zeigte sich in Schleswig-Holstein: die am gleichen Tag durchgeführte Landtagswahl erbrachte für uns nur 1,8% Zweitstimmen von denselben Wählern bei hoher Bundestagswahlbeteiligung von über 70%, während im gleichen Bundesland immerhin 2,1% Zweitstimmen für die Landesliste zur Bundestagswahl anfielen, also immerhin 0,3 Prozentpunkte mehr.

Dafür wurde die rein ehrenamtliche, in keiner Weise auf Massenverarbeitung von Mitgliederdaten vorbereitete Verwaltung der Partei bis über die Grenzen durch die vielen Eintritte strapaziert, auch wir im Landesvorstand BW leisteten v.a. in den Positionen Generalsekretär und Schatzmeister Unwahrscheinliches und auf längere Sicht Unzumutbares — schließlich mussten wir ja beide arbeiten.

7 Der Beginn der programmatischen Ausweitung

Nun hatten wir also erstmals genug Mitglieder, um in größerem Stil und auch viel zügiger als zuvor an Programmen zu arbeiten: am Grundsatzprogramm, an Landtagswahlprogrammen und später am nächsten Bundestagswahlprogramm. Davor hatten sich viele Arbeiten in Satzungsänderungen erschöpft, die mehr oder weniger notwendig waren, für programmatische Arbeit war während dieser ganzen Aktivitäten wie Unterschriftensammeln, Plakatieren, Satzungen auf Parteitagen reparieren bzw. Löcher stopfen, viel zu wenig Zeit geblieben.

8 Enttäuschende Landtagswahl in NRW 2010

So gelang es dann auch erstmals bei der Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen ein vom Umfang her respektables Wahlprogramm im größten und bei uns zweitmitgliederstärksten Bundesland aufzustellen. Im Wahlkampf zeigten sich aber erneut deutliche organisatorische und personelle Schwächen bei der einzigen Wahl in diesem Jahr, die auch durch Hilfe von Piraten aus anderen Bundesländern nicht voll ausgeglichen werden konnten. Der Lagerwahlkampf machte es nicht leichter, und so mussten sich die danach frustrierten Piraten in NRW mit relativ mageren 1,6% der Zweitstimmen zufrieden geben, obwohl sie sogar in allen 128 Wahlkreisen Direktkandidaten aufgestellt hatten und damit erstmals ein Komplettpaket an Kandidaten für eine Wahl boten. Die Presse ignorierte uns zudem wie schon in Schleswig-Holstein weitgehend, so konnte das Landeslistenergebnis von der Bundestagswahl 2009 nicht gehalten werden (1,7%). Erneut waren wir auf Landesebene schwächer als bei der Bundestagswahl geblieben, wenn auch weniger deutlich.

9 Die bundesdeutsche Demokratie zwischen 5%-Sperrklausel, Medienaufmerksamkeitsökonomie und Wahlprognosen

Oder: warum es so unglaublich schwer für Partieneugründungen in Deutschland ist, im hiesigen System politisch wirklich Fuß zu fassen.

Da ist zunächst einmal die absurd hohe 5%-Sperrklausel: sie erfordert es, mindestens jeden 20. Wähler dazu zu bringen, dieser Partei eine Stimme zu geben, damit diese in ein Parlament einziehen kann. Wenn man die immer noch recht hohe Zahl m.E. unbelehrbarer Stammwähler bedenkt, die der Union und der SPD so hohe Stimmenanteile als Minimum garantieren, wie sie alle anderen Parteien i.A. nicht einmal bei sehr guten Wahlergebnissen erreichen können, dann ist das Potenzial an gewinnbaren Wählern von vornherein deutlich eingeschränkt.

Dazu kommt dann noch die Politikverdrossenheit, die sich in einer immer weiter wachsenden Anzahl an unter keinen Umständen reaktivierbaren Wählern äußert, die nicht nur für die Hauptverantwortlichen der Frustration, nämlich Union und SPD, sondern auch für alle anderen Parteien verloren sind.

Eine fatale Verstärkung erfährt der Abschreckungseffekt der 5%-Sperrklausel, da sehr viele Wähler nicht riskieren wollen, dass ihre Stimme bei der Sitzverteilung nicht relevant ist, durch die Meinungsforschungsinstitute: unter 3% werden kleinere Parteien grundsätzlich nicht einzeln aufgeführt, was der Leugnung ihrer Existenz recht nahe kommt. So existiert eine kleinere, aber immer noch recht hohe (ca. jeder 30. Wähler!) Hürde für die generelle Wahrnehmbarkeit von Parteien bei 3%. Für viele Wähler ist man schon gar nicht erst wählbar, wenn man in den Prognosen nicht auftaucht — da herrscht wohl schon oft der Eindruck vor, diese Partei trete gar nicht zur Wahl an.

Ein weiteres Problem ist die Medienaufmerksamkeitsökonomie: nur was sichtbar oder interessant ist, ist berichtenswert. Das führt häufig zur völligen Ausblendung kleinerer Parteien, mindestens aber zu extrem starker Marginalisierung derselben, die in keiner Weise ihren Stimmenanteilen entspricht. Auf der anderen Seite wird alles, was als Skandal verkauft werden kann, bis zur Übergröße aufgebläht, um es als Sensation verkaufen zu können. So wirkt die Landschaft der Massenmedien als extremer Unterdrücker oder Verstärker der öffentlichen Aufmerksamkeit, die sich fast nur auf die Bundestagsparteien richtet.

Speziell in Deutschland besteht ein weiteres Problem, nicht nur hier, aber hier besonders: da es wegen niedriger Geburtenraten anteilmäßig nur noch relativ wenig junge Menschen gibt, die programmatisch und auch wegen des

niedrigen Alters unserer Mitglieder eher uns zuneigen, wirkt sich diese Gruppe nur wenig auf das Ergebnis der Gesamtwahlen aus. Verschärft wird das noch durch eine niedrigere Wahlbeteiligung junger Wähler, die so ihren Einfluss auf Wahlergebnisse weiter schwächen, und das Mindestalter v.a. bei Bundestagswahlen von 18, was dazu führt, dass die erste mögliche aktive Teilnahme an einer Wahl erst mit ca. 20 Jahren (im Durchschnitt) erfolgt — so werden die uns geneigten Wähler noch zusätzlich behindert.

Die Organisation und Professionalisierung neuer Parteien wird ebenfalls durch die aktuellen, v.a. auf die darüber bestimmenden Bundestagsparteien zugeschnittenen Regeln weiter behindert: die aktuelle Parteienfinanzierungsregeln sind eine extrem nachgelagerte Regelung, schlechter als eine echte Wahlkampfkostenerstattung. Entgegen der Empfehlung einer OSZE-Kommission zu diesem Thema kann man als Neuling im Parteiensystem lange Zeit keine bzw. viel zu niedrige Gelder vom Staat erhalten. Denn Geld wird erst aufgrund der Wahlen bis zum Jahr vor dem möglichen Ausschüttungszeitraum ausgezahlt, und zwar auf der Grundlage der Rechenschaftsberichte zwei Jahre vorher! Wenn also wie bei uns eine Partei erst einmal klein anfangen muss und entsprechend wenig Einnahmen hat, deckeln diese die Zuschüsse des Staates über Jahre hinaus auf das weit niedrigere vorherige Niveau, Nachzahlungen zum Vorjahr dämpfen dieses Problem nur geringfügig.

So bekamen wir erst 2010 für alle Kosten, die wir von 2006 bis 2009 selbst getragen hatten, erste staatliche Zahlungen, die zudem auf den Einnahmen von 2008 basierten, die noch sehr viel niedriger gewesen waren; aufgrund für uns nicht geeigneter Regeln gingen diese Gelder dann auch noch ausschließlich an die beiden Landesverbände, die Landtagswahlen bestritten und mit mehr als 1% Zweitstimmen abgeschlossen hatten (Schleswig-Holstein und Sachsen).

Dann ist da noch das Problem mit der Unterschriftensammlung: es ist sehr schwer, in den Genuss der Befreiung von dieser zu kommen, in den meisten Bundesländern geht das nur, indem man bereits eine Fraktion im fraglichen Landtag oder im Bundestag hat. Diese Sammelpflicht für jede neue Wahl bindet Personen, Zeit und auch Geld, die für eigentlich Wahl- und Wahlkampfrelevante Dinge dann fehlt.

Das alles muss man im Kopf behalten, wenn man die weiteren Wahlen betrachtet.

10 Superwahljahr 2011: viele Nackenschläge bis zum Triumph in Berlin

Nicht weniger als sieben Landtagswahlen fanden in jenem Jahr statt. Den Reigen eröffnete Hamburg, nach den Landeslistenergebnissen unser zweitbestes Bundesland bei der Bundestagswahl 2009 (2,6%). Hier war ein Problem, dass es sich um eine kurzfristig angesetzte Neuwahl handelte, so dass die Unterschriften für die Wahlzulassung in der üblichen verkürzten Frist in derselben Zahl wie sonst gesammelt werden mussten. Außerdem existierte noch kein umfangreiches Landeswahlprogramm, so dass auch dies nicht übermäßig detailliert gemacht werden konnte in der kurzen verbleibenden Zeit. Immerhin hatten die Hamburger Piraten schon eine Bürgerschaftswahl hinter sich gebracht und bei Europa- und Bundestagswahl 2009 auch gute Arbeit geleistet. Die Menschen in Hamburg sind vor Wahlen im öffentlichen Raum auch weit überdurchschnittlich aufgeschlossen und gut ansprechbar, ganz anders als z.B. in der schwäbischen Metropole Stuttgart.

So richteten sich die Hoffnungen vieler Piraten auf den aktiven und erfahrenen Landesverband in der zweitgrößten Stadt Deutschlands, die uns überdies recht gewogen ist.

In diesem Fall erlebten wir alle eine herbe Enttäuschung, als wir mit nur 2,1% kläglich an der Sperrklausel scheiterten und weit unter dem Ergebnis der Bundestagswahl 2009 in Hamburg blieben.

Was nun folgte, wurde nur durch Lichtblicke bei den nicht von Sperrklauseln betroffenen Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen aufgeheitert, denn bei keiner der Landtagswahlen bis Anfang September kamen wir über 2% wirklich hinaus — noch am Positivsten war sicher das Ergebnis hier in Baden-Württemberg, einem recht konservativen Bundesland, bei einer Wechselstimmung gegen die CDU und für die Grünen, befeuert durch das Verhalten des CDU-Ministerpräsidenten, Stuttgart 21 und den großen Atomunfall in Fukushima. Trotz des extremen Erfolgs der Grünen bei dieser Wahl, auf Kosten aller anderen Parteien, also auch auf unsere (v.a. in Stuttgart und Freiburg deutlich zu bemerken), konnten wir mit 2,1% als Novum immerhin das Landeslistenergebnis von der Bundestagswahl halten.

Dennoch schienen sich Wahlergebnisse von ca. 2%, meist mehr oder weniger deutlich unterhalb des Ergebnisses im jeweiligen Land bei der Bundestagswahl, hier zu verfestigen. Der Tiefpunkt war zweifellos zwischen Hamburg und BW die Wahl in Sachsen-Anhalt, die von 2,4% Zweitstimmen bei der Bundestagswahl 2009 auf nicht mehr als 1,4% abstürzten — das war zwar erklärbar, aber dennoch nicht gerade positiv für die Stimmung in der Partei. So ist Sachsen-Anhalt extrem ländlich und dünn besiedelt, wirtschaftlich sehr

schwach (Auskommen kommt nun einmal vor Freiheitsrechten), der Landesverband kaum kampagnenfähig aufgrund der sehr niedrigen Mitgliederzahl und diesmal fehlte anders als bei der Bundestagswahl eine große mediale Hilfe von außen.

Ein weiterer Tiefpunkt war die Bürgerschaftswahl in Bremen, wo mit nur 1,9% auch ein viel schwächeres Ergebnis als 2009 erzielt wurde (2,4%), obwohl Stadtstaaten uns mehr liegen. Auch dort wird die relativ geringe Mitgliederzahl im kleinsten Bundesland ein Problem gewesen sein. Einige Sitze in den kommunalen Gremien der Städte Bremen und Bremerhaven, die ohne Sperrklausel möglich waren, konnten den Gesamteindruck nicht wesentlich verbessern. Immerhin machten die vielen (ca. 60) Sitze in Niedersachsen bei den Kommunalwahlen uns etwas Mut; dagegen endete die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern zwei Wochen vor der Abgeordnetenhauswahl in Berlin auch nur mit 1,9%, immerhin besser als Sachsen-Anhalt, auch dort im äußersten Nordosten war der Medieneffekt der Berlin-Wahl noch schwach.

Also war allen seit Jahren aktiven und interessierten Piraten eines klar: die allerletzte, aber auch mit Abstand beste Chance in diesem Superwahljahr, vielleicht sogar überhaupt, lag in der Bundeshauptstadt, die von allen 15 Landesverbänden mit weitem Abstand das beste Landesergebnis bei der Bundestagswahl 2009 erzielt hatte (3,4%, 0,8 Prozentpunkte mehr als das zweitbeste Bundesland Hamburg und eben als einziges über 3%). So fuhren viele Aktive wie ich nach Berlin, um um unsere Chance zu kämpfen, mit der Verteilung von Kaperbriefen, Unterstützung von Infoständen usw. — Und diesmal gelang irgendwie Alles: der Wassertisch und das S-Bahn-Chaos mit der Heimlichtuerei der Verträge spielten uns in die Hände, eine gelungene Wahlplakatkampagne in unserem Landesverband mit der höchsten Mitgliederdichte, die Wahlprognosen, die uns dann endlich mit einem eigenen Wert zu zeigen begannen (ca. vier Wochen vor der Wahl bei 3%), verwandelten sich in eine Lawine, die uns bei weiteren Prognosen in schwindelerregende, nie für möglich gehaltene Höhen führte — die letzte veröffentlichte Prognose vor der Abgeordnetenhauswahl am Mittwoch vor der Wahl von 9% (!) ließ mich argwöhnen, die hätten einen systematischen oder zufälligen Fehler gemacht. Doch die Sperrklausel, die man in der Chaostheorie einen Repellor nennen würde, zeigte hier auch ihr zweites Gesicht, zusammen mit der plötzlich geweckten großen Medienaufmerksamkeit durch den Anstieg: ebenso wie viele Wähler nicht ihre Stimme als für die Sitzverteilung irrelevant unter der Sperrklausel verschwinden sehen möchten, so gerne sind sie dabei, wenn es um das Gewinnen geht: der Jackpot-Effekt führt dazu, dass man weitere Stimmen bekommt, wenn man es voraussichtlich über die Sperrklausel schafft. Diese Situation trat gut eine Woche vor der Wahl ein, als die Umfragen unseren Einzug nahelegten. Auch die Grünen unter Renate Künast verhielten sich

ungeschickt und ermöglichten uns so ein besseres Ergebnis.

Schließlich zogen wir mit für uns selbst unfassbaren 8,9% und *allen* aufgestellten Kandidaten ins Abgeordnetenhaus Berlin ein — in der Folge rächte sich daher erstmals der Umstand, dass wir bis dahin häufig zu wenig Kandidaten auf unseren Listen hatten, indem Ausscheiden mangels Nachrückmöglichkeit kaum mehr tragbar schien und Kandidaten von uns hineingelangen, die damit nicht gerechnet hatten, was für weitere Folgeprobleme sorgte. So blieben z.B. von Anfang an durch zu kurze Listen und/oder Doppelkandidaturen einige Bezirksversammlungen nicht voll besetzt; besonders tragisch war das im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg, wo wir mit gut 14% der Stimmen unter den Parteien hinter Grünen und SPD, aber vor Linken und CDU, auf Platz Drei kamen.

11 Neuwahlen 2012: die Erfolgsstory hält an

Das Jahr 2012 hätte als wahlloses Jahr in die Geschichte eingehen können — wenn nicht aus verschiedenen Gründen in insgesamt drei Bundesländern Neuwahlen angesetzt worden wären. Davon war nur eine mit einer üblichen Vorlaufsfrist von einem Jahr in Schleswig-Holstein dennoch als regulär anzusehen:

im kleinsten Flächenland Saarland entstand für uns eine schwierige, ja gefährliche Situation, als die Jamaika-Koalition von CDU, GRÜNEN und FDP zerbrach und wie hierzulande üblich innerhalb von zwei Monaten Neuwahlen angesetzt wurden, wobei nur ein Monat für sämtliche Zulassungsrelevanten Aktionen den Parteien bleibt. Selbstverständlich mussten wir auch für diese Landtagswahl Unterschriften sammeln, ein Landesprogramm aufstellen, den Wahlkampf vorbereiten usw. Und das in dem Bundesland, das bei der Bundestagswahl 2009 bei uns mit Abstand das schlechteste Landeslistenresultat von nur 1,5% eingefahren hatte; sogar die dort relativ starke Familienpartei lag damals peinlicherweise hauchdünn vor uns (ca. 300 Stimmen).

In dieser Situation bewies sich der dortige Landesverband als erstaunlich schlagkräftig, allerdings hatte er schon 2009 nur auf dem letzten Drücker noch an der Bundestagswahl teilnehmen können als einer der fünf Verbände, die sich noch kurz vor der Wahl gegründet, eine Landesliste aufgestellt und die nötigen Unterschriften gesammelt hatten. Das seltsame saarländische Landtagswahlrecht zwang uns zu einer ungewohnten Listenaufstellung (insgesamt vier) mit eigenen Unterschriftensammlungen für jede davon; immerhin halfen viele PIRATEN von außerhalb in dieser schwierigen Situation mit. — Ich sah wenig Chancen auf einen Einzug in diesen Landtag, die ersten Umfragen

schiene meine Befürchtung noch zu bestätigen. Doch uns gelang tatsächlich im Frühjahr 2012 das wenig Wahrscheinliche: der sichere Einzug in den dortigen Landtag mit 7,4%, d.h. klar mehr als 5 %, dort verschwand die FDP ganz von der Bildfläche und die ebenfalls angeschlagenen GRÜNEN um ihren umstrittenen Landesvorsitzenden lagen noch hinter uns, schafften den Wiedereinzug nur sehr knapp.

Das war ein Erfolg, der nicht weniger hoch als der in Berlin einzuschätzen war: in einem für als sehr schwierig einzuschätzenden Bundesland (das Gegenteil war in Berlin der Fall) unter schwerstmöglichen Bedingungen vermochten wir dennoch, in diesen Landtag ebenfalls einzuziehen. Dies brachte uns zusammen mit der inzwischen einigermaßen funktionierenden Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus genug Aufmerksamkeit in den Medien und allgemeine Beachtung, dass wir die beiden folgenden Neuwahlen weniger als zwei Monate später problemlos auf dieser Erfolgswelle reitend meistern konnten, wobei der Unterschied zwischen NRW (7,8%) und Schleswig-Holstein (8,2%) kleiner ausfiel (auch zum Saarland), als man aufgrund der Bundestagswahl hätte erwarten können, auch wenn die Wahlergebnisse in diesen drei Ländern (wie auch zuvor in Berlin, wo wir bisher am Besten waren) dieselbe Reihenfolge behielten wie die Landeslistenergebnisse 2009 bei der Bundestagswahl.

An dieser Stelle sei bemerkt, dass ich den Einsatz der PIRATEN in NRW und Schleswig-Holstein hier nicht kleinreden oder schmälern möchte, aber die Ausgangslage für diese beiden Landtagswahlkämpfe war einfach extrem günstig.

Nun also hatten wir vier Landtagsfraktionen in ganz verschiedenen Bundesländern und eine nie zuvor dagewesene Medienaufmerksamkeit sowie Bekanntheit in der Öffentlichkeit — was in der Folge eben auch eine Menge Probleme mit sich brachte, die für uns in dieser Form noch ungewohnt waren.

Zuerst wurden mir die Meinungsumfragen unheimlich, die uns in der Folge teils deutlich zweistellige Bundestagszustimmungswerte signalisierten. Ich war völlig sicher, dass wir niemals in dieser Zeit ein zweistelliges Wahlergebnis bei einer tatsächlichen Bundestagswahl erzielt hätten — es musste eine Mischung aus Hype und Euphorie (auch unter Piraten) am Werke sein.

12 Herbst 2012 bis 2013: der mediale und Umfrage-Niedergang

Nun traf also eine Gruppe von Polit-Amateuren, abgesehen von 45 in Lehre befindlichen Landtagsabgeordneten und wenigen bezahlten Helfern des Bun-

desverbandes ohne nennenswerte Erfahrung mit der Presse auf ebendiese, die obendrein durch unsere sehr offene Kommunikation sehr leicht durchleuchten kann, was bei uns vor sich geht.

Ein Problem, das schon länger bestand, in dieser Situation aber grellem Schlaglicht ausgesetzt wurde, ist der Mangel an angemessenem Umgang miteinander, den ein kleiner, aber lauter Teil der Piraten miteinander pflegte. Ein weiteres Problem besteht in falschem Verhalten gegenüber der Presse an sich, das der bei fast allen Piraten fehlenden Erfahrung damit geschuldet ist.

Wie man auch im Bundestagswahlkampf beim SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück gut beobachten konnte, überreagiert die Presse auf Fehler und Schwächen typischerweise in unangemessen extremer Weise, was sicher dem Ziel des Verkaufs ihrer Medien geschuldet ist.

Somit war dieses Verhalten uns gegenüber keineswegs als generelle Feindseligkeit uns gegenüber einzustufen, sondern gehört zum Medienalltag, mit dem wir uns arrangieren müssen, ob es uns nun gefällt oder nicht (natürlich gefällt den meisten PIRATEN wie auch mir das überhaupt nicht, ist aber deswegen nicht weniger wahr und auch nicht wirklich zu ändern).

So trugen Streitigkeiten v.a. im Land Berlin und insbesondere unserer dortigen Abgeordnetenhausfraktion sowie im Bundesvorstand, aber auch vereinzelt hier und da überall sonst zu einer sehr negativen Mediendarstellung bei, die im Laufe dieses Zeitraums sich auch deutlich in den Meinungsumfragen bemerkbar machte. Noch 2012 sanken unsere bundesweiten Umfragewerte von gehypten bis zu ca. 13% im Frühjahr wieder auf unter 5% im Spätherbst.

13 Die Landtagswahl in Niedersachsen Anfang 2013

In dieser Situation kam es erneut zu einem Winterwahlkampf im großen Flächenland Niedersachsen, nach den Bundestagswahlergebnissen 2009 ein Bundesland, das leicht unter dem Bundesdurchschnitt lag (2,0 vs. 2,1% der teilnehmenden Landesverbände). Nach Störungen im Vorfeld der Wahl bei der Listenaufstellung, die von einer nicht ganz geklärten Art von Konterkräften in der Partei ausging, in Kombination mit Fehlern bei der Akkreditierung von Mitgliedern, gelang es erst im dritten Anlauf, eine schließlich zugelassene Liste aufzustellen. Obwohl der Wahlkampf mit bewusst provokativen und durchaus deutlich wahrgenommenen Plakaten aktiv von den Piraten dort betrieben wurde, gelang es in keiner Weise, gegen den allgemeinen Abwärtstrend der Stimmung uns gegenüber anzukommen. Das Ergebnis von

2,1%, das durchaus im Rahmen früherer Landtagswahlergebnisse lag und daran gemessen keineswegs schlecht war, wurde zu einem großen Rückschlag unserer Bemühungen, in weitere Parlamente einzuziehen, und verfestigte den Rückgang der Umfragen des Jahres 2012.

14 Die 18. Bundestagswahl 2013

Diese Wahl ist die einzige, die ich an gleicher Stelle (in Stuttgart) sowohl 2009 als auch 2013 maßgeblich mit als Listenkandidat mit Chancen aktiv im Wahlkampf betrieben habe. Hier habe ich daher sehr gute Vergleichsmöglichkeiten auf allen relevanten Ebenen (s.u.). Inwieweit nicht bundesweite Eindrücke vergleichbar sind, ist allerdings schwer zu sagen; zumindest den Betroffenen sollte es aber weiterhelfen. . .

14.1 Bundesweit

Die Basis in teils geschätzten Zahlen: bei der Europawahl 2009 war ca. die Hälfte der Wähler nicht als voll überzeugte Anhänger einzustufen laut Umfragen, d.h. die Größenordnung der uns fast sicheren Stimmanteile dürfte 2009 auch bei der Bundestagswahl kaum 0,5% überschritten haben. Dagegen gehe ich von einem Mindestpotenzial von ca. 1,5% von diesen Wählern vier Jahre später aus.

Die Stimmung war in beiden Wahlkämpfen verschieden, die mediale Präsenz ebenso: wie schon geschildert gelang 2009 ein ungewöhnlicher Wahlkampf, der teils in die Mainstream-Medien hineinreichte, was 2013 so gut wie gar nicht funktionierte. Selbst wenn man unterstellt, dass der NSA-Skandal, genau passend für die Bundestagswahl 2013, nicht einmal so stark mobilisieren und aufregen konnte, wie die Zensurdebatte 2009, muss man doch feststellen, dass wir für beide Wahlen eine Steilvorlage für unser Kernthema Bürgerrechte im Internet erhielten.

Sicher hatten auch die Rahmenbedingungen eine Rolle gespielt: 2009 waren wir erstmals medial überhaupt wahrgenommen worden und viel interessanter als 2013. Außerdem war der Wahlkampf 2009 noch öder als 2013, da damals Merkel die SPD noch mehr ins Leere laufen ließ als 2013, bzw. Steinbrück sich in dieser Bundestagswahl anders als Steinmeier 2009 als Kanzlerkandidat einige Blößen gab, die die Presse gut ausschlichten konnte. Auch die rechtspopulistische AfD bediente die konservativ dominierten Mainstreammedien mehr zu deren Gefallen als die progressive Piratenpartei, die nach wie vor mit echten Änderungen droht und überdies sich ihren Grundsätzen entsprechend auch noch kompromisslos gegen das unsägliche Leistungsschutz-

recht aussprach — was sich von den Bundestagsparteien offenbar aus Angst vor den Massenmedien niemand konsequent traute.

Leider fand ich auch die Mobilisierung schwächer als bei der vorherigen Bundestagswahl, was wohl mit dem fehlenden Reiz des damals Neuen zu tun hat.

Wenn man es in nackten Zahlen angeht, dann drückt sich das so aus: weil 2009 die PIRATEN Sachsen nicht an der Bundestagswahl mit einer Landesliste (immerhin aber an der kurz vorher stattfindenden Landtagswahl) teilnahmen, sind die Bundesergebnisse direkt nicht voll vergleichbar. Daher bleibt für einen 1:1-Vergleich ohne weitere Annahmen nur, auch 2013 Sachsen aus dem Ergebnis herauszunehmen. Dann sieht das Ganze so aus: die restlichen 15 Bundesländer unterschieden sich in der Summe bundesweit nur um einen zehntel Prozentpunkt zwischen beiden Wahlen. Während also 2009 mehr Wähler aufgrund der aktuellen Stimmung, darunter auch Protestwähler, gewonnen werden konnten, mussten wir uns 2013 mit der größer gewordenen, aber für 5% beileibe nicht ausreichenden Kernanhängerschaft weitgehend begnügen. So sieht die Steigerung marginal aus und als hätten wir keinerlei Fortschritte gemacht — in Wirklichkeit würde eine recht teure, für uns kaum zu bezahlende Vergleichsstudie ziemlich sicher genau diesen Unterschied ergeben, der an den reinen Ergebniszahlen in der Summe fast nichts änderte.

Man kann es auch so formulieren: im Umfeld der Bundestagswahl 2013 gelang es uns zum einen nicht, medial irgendeinen Stich zu machen, zum Anderen gingen die Protestwähler und jene, die vielleicht auch übertriebene Hoffnungen in uns projiziert hatten, woanders hin, z.B. zurück zu den Nichtwählern oder zu anderen Parteien; die AfD absorbierte als mutmaßlich stärkste Nicht-Bundestagspartei auch noch einige harte Proteststimmen (das sind Leute, die gegebenenfalls selbst NPD wählen, um dem als Parteienkartell wahrgenommenem Ensemble im Bundestag eins auszuwischen).

Und die finstere Wahrheit mit Bürgerrechten besteht offenbar darin, dass diese weit weniger bedeutend für Wahlentscheidungen sind, als wir selber denken. So sind wohl kaum wesentlich mehr als 2 % zu holen, was verschiedene Gründe hat: das finanzielle Wohlergehen des Einzelnen geht den Meisten generell vor, zu wenigen ist klar, dass wir auch in einer Demokratie permanent um unsere Rechte kämpfen müssen und überhaupt wären Diktaturen und totalitäre Systeme auch in der Vergangenheit nicht möglich gewesen, wenn größere Zahlen von Menschen immer konsequent für die Grundrechte eingetreten wären.

Die genaue Länge und Ausführlichkeit des Wahlprogramms, die dramatisch zugenommen hatte, spielte keine so entscheidende Rolle, wie zu vermuten war — dafür lesen zu wenige Wähler dasselbe. Wichtiger ist die klare

Kontur einer Partei, die prägnant sein muss. Das war auch bei der AfD feststellbar, die mit einem noch kürzeren Programm als wir 2009 deutlich mehr Stimmen gewann und mit ihren simplen rechtspopulistischen und rückwärts-gewandten Parolen für eine neue Partei sehr gut verfiel („Professorenpartei“) und nur relativ knapp an der 5%-Sperrklausel scheiterte.

Interessant sind auch noch zwei andere Aspekte, die durchaus ein heterogenes Bild im kleineren Maßstab abgeben: in verschiedenen Bundesländern wurden wir stärker, in anderen schwächer, auch in den großen Städten, unseren natürlichen Hochburgen, war die Tendenz keineswegs eindeutig.

So änderte sich sowohl die Reihenfolge der besten bis zu den schlechtesten Landeslisten deutlich, als auch die einzelnen Ergebnisse zum Teil sehr deutlich.

Die Reihenfolgen der Landeslisten im Vergleich, 2013 im Klammern die Änderung der Platzierung (bei gleichen Prozentzahlen zählt das Ergebnis im einwohnerreicheren Land als besser):

17. Bundestagswahl 2009: Berlin, Hamburg, Brandenburg, Thüringen, Sachsen-Anhalt, Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Baden-Württemberg, Hessen, Schleswig-Holstein, Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Saarland

18. Bundestagswahl 2013: Berlin (unverändert), Hamburg (unverändert), Saarland (+12!), Bremen (+2), Sachsen (2009 nicht dabei, daher für die folgenden Änderungen außer Konkurrenz nicht gewertet), Thüringen (-1), Baden-Württemberg (+2), Nordrhein-Westfalen (+7), Rheinland-Pfalz (+5), Brandenburg (-6), Hessen (-1), Schleswig-Holstein (-1), Bayern (unverändert 12.), Sachsen-Anhalt (-8), Mecklenburg-Vorpommern (-8), Niedersachsen (-3)

Es fällt auf, dass die neuen Länder mit Ausnahme von Sachsen (kein Vergleich möglich, ist aber in absoluten Zahlen von diesen am Besten gewesen bei der letzten Wahl) und evtl. noch Thüringen deutlich schlechter wurden, v.a. bei Sachsen-Anhalt, Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg fällt dies auf.

Demgegenüber sind die drei alten Länder NRW, RLP und Saarland auffällig stark gestiegen, was mit dem BGE im Programm zu tun haben könnte — denn nur im Saarland und in NRW haben wir (ordentlich arbeitende) Landtagsfraktionen, nicht aber in RLP. Dass Niedersachsen neues Schlusslicht wurde, mag mit der als schwere Niederlage wahrgenommenen Landtagswahl 2013 zusammenhängen.

In Prozentpunkten waren die größten und auffälligsten Änderungen: Saarland von 1,5 auf 2,6, d.h. 1,1 Prozentpunkte mehr, auch NRW fiel hier mit 0,5 Prozentpunkten Zuwachs auf (von 1,7 auf 2,2%). Dagegen musste Sachsen-Anhalt wie schon bei der Landtagswahl 2011 (nur 1,4%, also weiter unterhalb

des Landeslistenergebnisses von 2009 bei der Bundestagswahl als alle anderen Landesverbände) die größten Einbußen hinnehmen, ebenfalls 0,5 Prozentpunkte (von 2,4 auf 1,9 %).

Bei den größeren Städten, d.h. insbesondere solchen, die mindestens einen ganzen Bundestagswahlkreis umfassen, gab es auch interessante Verschiebungen: Düsseldorf, Essen, Duisburg und Bochum gewannen z.B. ca. 0,6 bis 0,7 Prozentpunkte, was offenbar mit der allgemeinen starken Verbesserung in NRW zusammenhängt. Deutlich schlechter schnitten dagegen Braunschweig und Hannover in Niedersachsen ab gemäß dem dortigen Landestrend (0,7 Prozentpunkte), ebenso war dieser Effekt schwächer in Bayern zu sehen: unsere Hochburgen wurden schwächer, Augsburg verlor 0,5 Prozentpunkte, Nürnberg 0,3 Prozentpunkte, nur München mit seiner mittlerweile enorm hohen Mitgliederzahl konnte sich aus diesem Trend ausklinken und den Bundestrend halten: 0,1 Prozentpunkte mehr, mit 2,5% ordentlich, aber nicht auffällig gut. Auch dort mag die eine Woche vorher enttäuschend verlaufene bayrische Landtagswahl geschadet haben (1,9% landesweit).

Was können wir besser machen? Zwei Punkte erscheinen besonders wichtig: eiserne Disziplin aller Piraten v.a. im öffentlichen Umgang insbesondere mit der Presse, d.h. insbesondere keine offenen Animositäten untereinander, und eine klarere Darstellung unserer Denkweise, denn die inzwischen wohl eingeführte und ausreichend bekannte Marke Piratenpartei (ca. 70% der Wahlberechtigten kennen den Namen und es sind immer noch 30% nicht grundsätzlich der Stimmabgabe für PIRATEN abgeneigt) hat einen Mangel offenbart: sie ist zu nebulös, um unsere Ziele für die Allgemeinheit klarer zu machen. Ob ein Zusatz wie *PIRATEN - die moderne Grundrechtspartei* da hilft, kann ich nicht sicher sagen; aber einen ernsthaften Versuch wäre es allemal wert, nachdem wir uns in Grundsatz- und Wahlprogrammen ständig auf die Grundrechte berufen. . .

Programmatisch müssen wir uns m.E. v.a. in der Wirtschafts- und Steuerpolitik klarer und weitgehender positionieren, so schwer das auch ist, weil es sich um sehr relevante Kriterien für Wähler handelt.

Ein interessantes Ergebnis aus Berlin sei noch bemerkt: während die Summe der Stimmen entsprechend dem Bundestrend im Land 0,2 Prozentpunkte Anstieg zeigte, war bei Aufschlüsselung nach Geschlechtern bei unseren Wählern ein sehr auffälliger Trend zu sehen — denn zwar gewannen wir deutlich an Zustimmung bei den weiblichen Wählern, verloren aber nur unwesentlich weniger bei den männlichen Wählern, dort besonders stark bei den jüngsten Wählern bis 25, obwohl das in der Statistik noch immer unsere stärkste Wählergruppe darstellt. Ob die Gender-Debatten hier eine Wirkung hatten?

Auch interessant sind die Angaben zum Stimmensplitting in Berlin: unter den insgesamt acht betrachteten Parteien (CDU, LINKE, SPD, GRÜNE, FDP, PIRATEN, NPD, AfD) war die Tendenz der Wähler der PIRATEN mit der Zweitstimme am zweitschwächsten, auch den Direktkandidaten zu wählen, dieser Wert lag bei uns bei knapp 50% verglichen mit typischen Werten von gut 60 % (GRÜNE, AfD) bis 87 % (CDU). Wir hatten dort in allen 12 Wahlkreisen Direktkandidaten, also sind unsere Wähler (knapp) mehrheitlich darauf aus, die Entscheidung im Wahlkreis mit der Erststimme zu beeinflussen, wohl wissend, dass unsere Leute dort keine Chance haben. — Nur die FDP hatte eine andere Gewichtung, deren wenige Zweitstimmenwähler gaben fast ausnahmslos den CDU-Direktkandidaten die Erststimme.

Leider war unser Ergebnis zu schlecht, um weitere Detailzahlen finden zu können, jedenfalls wurde ich schon bei der statistischen Analyse Hamburgs vom Statistikamt Nord nicht mehr fündig. . .

14.2 Baden-Württemberg

Hier kann ich etwas besser vergleichen: v.a. die Großstädte lieferten interessante Vergleichszahlen. Unsere absolute Hochburg blieb wie eh' und je (schon seit der Europawahl 2009, damals bereits 2,2% (!)) die Fächerstadt und Bezirkshauptstadt Karlsruhe, die standesgemäß einen neuen Rekord aufstellte mit 4,0% Zweitstimmen und sich diesen sogar bundesweit nur mit Dresden teilen musste — wobei das Dresdner Ergebnis allerdings mehr wert ist, da ein größeres Wahlgebiet immer schwerer auf ein hohes Niveau zu bringen ist (das liegt an unvermeidlichen schwächeren Zonen im Wahlgebiet, die umso unvermeidlicher werden, je größer es ist). Insofern muss auch das Ergebnis in Stuttgart als wirklich gut beachtet werden, da die Schwabenmetropole ein eher konservatives Pflaster und wesentlich größer ist als Karlsruhe und Mannheim (etwa so viele Einwohner wie diese beiden zusammen hat), auch wenn Mannheim ebenfalls in der Summe besser lag (3,2%). Auch Freiburg im Breisgau lieferte mit 3,5% als viertgrößte Stadt in BW ein wirklich gutes Ergebnis ab; die von einem grünen OB regierte Schwarzwaldmetropole ist auch ein recht dankbares Pflaster für uns.

Insgesamt gehörte unser Landesverband bei dieser Wahl definitiv zu den Gewinnern, konnten wir doch einen neuen Landesrekord an Stimmen mit 2,3% aufstellen und lagen mit 0,2 Prozentpunkten Zuwachs (von 2,1 auf 2,3) auch über dem Bundestrend und Bundesdurchschnitt, was in einem in großen Teilen ländlichem Gebiet wie Baden-Württemberg keine Selbstverständlichkeit ist.

14.3 Landeshauptstadt Stuttgart

Während bei Erst- und Zweitstimmen die Relation zueinander nicht viel anders ausfiel als 2009, gelang bei beiden ein deutlich überdurchschnittlicher Anstieg gegenüber vor vier Jahren. So konnten wir das mit Abstand beste Ergebnis in Stuttgart überhaupt bei einer Wahl erzielen und lagen auch klar besser als der Landesdurchschnitt sowohl in der absoluten Höhe wie auch im Zuwachs: 2,74% der Zweitstimmen erreichten wir im Durchschnitt, eine Steigerung um 0,4 Prozentpunkte.

Was hier besser war als 2009: es wurden mehr und bessere Plakate aufgehängt, darunter auch die größeren DIN A0 Versionen v.a. an Straßen, wir hatten erstmals auch einige wenige Großplakate im Einsatz, auch beide Direktkandidaten hatten ihre Wahlkreise einigermaßen deckend mit Kopfplakaten versorgt.

Ein paar wenige Podiumsdiskussionen konnten wir drei Stuttgarter Kandidaten anders als 2009 (da war es nur eine an der Uni) mit bestreiten; auch die Infostandkampagne umfasste wesentlich mehr Stadtbezirke als damals. Wie überall hatten wir auch mehr und diversere Werbematerialien im Einsatz, die Krönung waren sicher die Grumpycat-Hanfposter, die wir gegen Ende in großer Menge (ca. 400 Stück in einer Woche) an Infoständen auf der Königstr./dem Schloßplatz in nur einer Woche verteilten, nachdem die betreffenden Plakate praktisch alle geklaut worden waren. . . auch unsere Positionspapiere zum selben Thema waren zuvor rasch vergriffen.

Auch ist hier die Betrachtung der einzelnen Stadtbezirke interessant, gerade auch für künftige Wahlen. Dazu beziehe ich die Wahlbeteiligung ein, die ein zusätzlicher Indikator für das allgemeine politische Interesse an Wahlen ist, und beginne erstmal damit:

die beiden stärksten Bezirke waren hier die ohnehin als elitär geltenden Fildervororte Degerloch und Sillenbuch mit zwischen 83 und 84 % (!). Der beste große Bezirk war der weitere Filderbezirk Vaihingen mit seiner stark von Studenten und Akademikern geprägten Struktur mit auch noch gut 81%. Es folgten Botnang, nochmal Filder-Plieningen, S-West mit seiner extrem großstädtisch geprägten Bevölkerungsstruktur sowie vielen Studenten und noch mehr Filderbezirke wie Möhringen und Birkach; mit S-Süd (Heslach usw.) endete die Gruppe der gerundet noch mindestens 79 % Wahlbeteiligungs-Bezirke.

Die Schlusslichter waren mit Abstand Zuffenhausen (nur knapp 69%), Mühlhausen (nur knapp 70%) sowie Münster, Wangen und Bad Cannstatt mit ca. 71%.

An diesen Wahlbeteiligungen kann man durchaus eine Resonanz an Infoständen ablesen, wie mir scheint: z.B. war Zuffenhausen wirklich miserabel

trotz ausgezeichnetem, gut sichtbarem Standort im Bezirkskern zu durchaus belebter Zeit. Auch Bad Cannstatt zeigt stets wenig Resonanz, egal ob am Cannstatter Carree oder auf der Marktstr. Dagegen gibt es in Degerloch stets deutliche Resonanz, wenn auch nicht unbedingt positive für uns.

Noch deutlicher wird der Effekt, wenn man die Wahlbeteiligung mit dem Zweitstimmenergebnis multipliziert und so den Anteil unserer Wähler an den Wahlberechtigten ermittelt: die Spitzengruppe besteht dort aus S-West mit ca. 2,95% vor S-Mitte mit 2,8%, dahinter folgen S-Süd und Vaihingen mit je 2,7%, danach gibt es eine deutliche Lücke. Z.B. relativieren sich die 3,1% Zweitstimmen in Bad Cannstatt durch die geringe Wahlbeteiligung dort auf 2,2% im Vergleich.

Die Schlusslichter sind Mühlhausen und Sillenbuch mit nur jeweils 1,4%, was in Mühlhausen mehr an der generell geringen Wahlbeteiligung, in Sillenbuch dagegen an der geringen Zustimmung zu unserer Partei liegt, und v.a. Botnang, wo die Zustimmung zu uns mit Abstand am Geringsten ist bei sehr hoher Wahlbeteiligung und wir so im Produkt von Beiden auf ganze 1,2% der Wahlberechtigten kamen (1,5% Zweitstimmen).

Das ergibt natürlich auch Optimierungspotenzial für die Infostandkampagne zur Europa- und Kommunalwahl 2014.

15 Ausblick: der Kreis der Landtagswahlen schließt sich 2014

Vielleicht ist es gut, sich in Erinnerung zu rufen, dass wir erst 2014 mit allen allgemeinen Wahlen in Deutschland einmal durch sein werden: neben Kommunalwahlen in 11 Ländern und der Europawahl (zum zweiten Mal nur in drei Mitgliedsstaaten, sonst auch zum ersten Mal, s.u.) nehmen wir erstmals an den Landtagswahlen in Thüringen (damals zu spät gegründeter Landesverband, um noch 2009 wie Sachsen vier Wochen vor der Bundestagswahl antreten zu können, mangels genügend Mitgliedern vor der damaligen Eintrittswelle) und Brandenburg (peinlicher Fehler bei der Nichtanzeige der Wahlbeteiligung trotz genügend gesammelter Unterstützerunterschriften 2009) teil. Dabei brauchen wir immerhin in Thüringen und auch Sachsen keine Unterschriften mehr zu sammeln, weil in beiden Bundesländern ungewöhnlicherweise (gilt auch für Hamburg) schon ein gewählter Landtagsabgeordneter irgendwo in Deutschland als Erlaßgrund genügt. — Am wichtigsten und aussichtsreichsten dürfte darunter die (unsere zweite) Landtagswahl in Sachsen am 31. August 2014 werden, die definitiv vor der in Brandenburg und ziemlich sicher auch nicht nach der in Thüringen stattfinden wird. V.a.

in Dresden (Zweitstimmen Bundestagswahl 2013: 4%, schon bei der vorigen Landtagswahl 2009 waren es 3,5%) und Leipzig (Zweitstimmen zuletzt 3,6%) haben wir gute Chancen auf einen wirksamen Wahlkampf und ein gutes Ergebnis, was durch die starke Stellung dieser beiden Halbmillionenstädte in Sachsen auch landesweit entscheidend werden kann trotz unserer Schwäche in den ländlichen Teilen Sachsens, die auch durch den Wegzug fast aller jüngerer, arbeitsfähiger Menschen von dort bedingt ist. Gelingt uns in Sachsen die Kehrtwende und der Einzug in den dortigen Landtag, dann wäre das natürlich die ideale Vorlage für Brandenburg und vermutlich auch Thüringen (wo die Landtagswahl voraussichtlich ebenfalls im September 2014 stattfinden wird).

16 Quo Vadis PIRATEN: in Deutschland, Europa und weltweit

Die wichtigste Wahl 2014 insgesamt wird die Europawahl sein, nicht nur für die Piratenpartei Deutschland und die schwedische Piratpartiet, die beide zum Erfolg verdammt sind — sondern europa- und damit auch weltweit aufgrund des Schwerpunkts unserer Bewegung in Europa. Wir können nur hoffen, dass möglichst viele unserer Parteien (als ich dies schreibe, sind mir 26 nationale Piratenparteien in den 28 EU-Mitgliedsländern bekannt, davon haben bislang drei an Europawahlen teilgenommen, da auch in Kroatien die dortigen Piraten sich an Nachwahlen bereits versucht haben) sowohl teilnehmen werden als auch so viele wie möglich Piraten in das Europaparlament gewählt bekommen — auch wenn das Ziel einer eigenen Piratenfraktion im Europaparlament als sehr sportlich eingestuft werden muss, denn dazu bräuchten wir insgesamt mindestens 25 Piraten aus mindestens sieben verschiedenen Mitgliedsstaaten.

Speziell in Deutschland ist momentan noch nicht einmal klar, ob die gegen Wort und Geist des Urteils des Bundesverfassungsgerichts nach Erklärung der 5%-Sperrklausel bei Europawahlen als verfassungswidrig zunächst gestrichene, dann aber als 3%-Klausel wieder eingeführte Sperrklausel weiter Bestand haben wird. Die mündliche Verhandlung in Karlsruhe am 18. Dezember 2013 gab darüber auch noch keinen Aufschluss.

Aber selbst in diesem ungünstigsten Fall spricht viel dafür, dass wir diese Hürde, falls vorhanden, nehmen werden: die Wähler sind bei Europawahlen traditionell eher bereit, andere Parteien als die Etablierten zu wählen, die Wahlbeteiligung ist niedriger, was uns Chancen bietet aufgrund unserer deutschlandweit geschätzten ca. 1,5% von Wahlberechtigten, die uns i.a.

wählen werden, solange wir ein sichtbares Angebot unserer Art machen auch ohne Wechsel- und Protestwähler.

Über die Chancen der schwedischen Piratpartiet, ihre beiden derzeitigen Abgeordneten (die wieder in gleicher Reihenfolge auf der Liste stehen) wiedergewählt zu bekommen, kann und mag ich hier nicht spekulieren; ein dritter Sitz wäre aber sicher eine Überraschung trotz der NSA-Affäre, die in Schweden sicher starke Wirkung hat (Überwachungsgesetz von 2009, das sich jetzt als Grundlage für die Totalüberwachung Russlands durch die NSA entpuppt hat). Übrigens wird im September 2014 zum dritten Mal die Piratpartiet in Schweden bei der Reichstagswahl antreten; wir können nur hoffen, dass sie diesmal ein besseres Ergebnis erreicht, als zuvor (2006: 0,6%, 2010: 0,7%).

In Kroatien war der erste Versuch bei der EU-Erweiterungs-bedingten Nachwahl der dortigen Piraten bei einer Wahl mit gut 1% gar nicht schlecht, allerdings gilt in Kroatien eine 5%-Sperrklausel und bei nur 11 Sitzen dieses kleinen Landes ist das faktische Quorum sogar eher darüber anzusiedeln (Sitzzuteilungsverfahren ist mir wie wahlrecht.de unbekannt).

In den anderen 25 Mitgliedsländern hat noch keine Piratenpartei an einer Europawahl teilgenommen, allerdings waren verschiedene davon bereits bei nationalen Wahlen aktiv. Daraus ergibt sich folgende Schätzung von Ländern, in denen wir wenigstens eine kleine Chance haben dürften, soweit ich das auch nur ansatzweise beurteilen kann:

Deutschland (drei, vielleicht mehr), Schweden (bis zu zwei), Niederlande (schlechte nationale Wahlergebnisse müssen nichts heissen, so ab ca. 3% wäre ein Sitz drin), Österreich (möglicherweise gemeinsame Liste mit anderen, evtl. ein Sitz), Finnland (evtl. ein Sitz), Griechenland (evtl. ein Sitz), Portugal (evtl. ein Sitz), Spanien (ein bis zwei Sitze denkbar, Zulassung ist aber schwierig), Tschechien (evtl. ein Sitz). Theoretisch bestünden auch in Bulgarien und Rumänien noch annehmbare Chancen, aber ich weiss nicht einmal, ob die dortigen Piratenparteien wirklich antreten bzw. zugelassen werden.

17 Persönliches Schlusswort

Was ich noch anmerken möchte: eine Fortsetzung dieser Analyse nach den Wahlen 2014, insbesondere der Europawahl und den drei Landtagswahlen, erscheint mir durchaus möglich, falls ich die Zeit finde — und der Autor bereut keine Minute an Zeit und keinen Euro, den er seit 2006 in die Piratenpartei investiert hat. Denn wir kamen viel weiter, als ich es ursprünglich für möglich hielt und schon 2009, nach der 17. Bundestagswahl war ich ein wenig stolz

und auch zufrieden, Teil einer neuen Partei zu sein, die den Auftrag einer Partei nach dem Grundgesetz erfüllt: an der öffentlichen Willensbildung mitzuwirken. Das gelang uns nämlich auch ohne den Einzug in den Bundestag und muss als APO weiter unsere Maxime bleiben, wenn wir auch auf Bundesebene vermutlich bis 2017 nur mit Demos und Verfassungsbeschwerden etwas bewirken können, von Ausnahmen über Bundesratsinitiativen aus den Landtagen, in denen wir sitzen, mal abgesehen — wir sind dort an keiner Regierung beteiligt, was diese Möglichkeit natürlich stark erschwert.

Und ohne sehr viel Ausdauer, das ist hoffentlich in diesem Artikel klar geworden, ist über Parteipolitik ohnehin nichts (dauerhaftes) zu erreichen. Wir müssen einfach am Ball bleiben und dürfen uns keinesfalls entmutigen lassen.